

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bayern droht dem Reich!

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, ist seit gestern eine weitere Zuspitzung des Konflikts eingetreten, die durch eine geradezu unverständliche Halsstarrigkeit der bayerischen Kreise hervorgerufen wurde.

Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß die bayerischen Machthaber geradezu eine drohende Haltung gegen das Reich eingenommen haben. Die Situation ist daher als ungemein ernst zu betrachten.

Es ist erstaunlich, aus den Stimmen der Berliner Blätter zu dem Konflikt mit Bayern entnehmen zu müssen, daß die offene Auflehnung des Generals von Lossow gegen ihm erteilte militärische Befehle ausdrückliche Billigung oder doch wohlwollende Unterstützung in jenem Teil der Presse findet, der sonst nicht genug über die mangelnde Autorität des Reiches zu schreiben weiß.

Allen voran marschiert die Stinnes-Stimme, die „D.Z.“, die alle Schuld an dem Konflikt nicht dem aussäffigen Wehrkreiskommandeur, sondern dem Reichswehrminister zuschiebt. Das Blatt schreibt:

Sehr wesentlich für die Beurteilung wird der Wortlaut des Telegramms sein, das General von Lossow nach Berlin geschickt hat. Ein General, der eine so eminent wichtige und so heikle politische Aufgabe hat wie der Wehrkreiskommandeur in Bayern, muß selbstverständlich das Recht haben, auf die Unmöglichkeit der Durchführung von Befehlen hinzuweisen, zumal wenn diese um einer verhältnismäßig kleinen und mehr persönlichen Angelegenheit willen die Beziehungen zwischen dem Reich und dem Lande bedrohen.

Rügen nachher auch von dem General von Lossow Schritte getan worden sein, die nach den bisherigen Mitteilungen nicht zu billigen sind, so muß doch bei der Untersuchung der Schuldfrage das Schwergewicht auf dem Punkt gesetzt werden: war es nötig, den Vorfall mit dem „Sächsischen Beobachter“ gleich so auf die Spitze zu treiben, daß ein militärischer und ein politischer Konflikt daraus entstehen mußte?

Diese Beschönigung einer offenen Gehorsamsverweigerung ist nicht von ungefähr. Man stelle sich vor, daß gerade nach dem Willen der Kreise um Stinnes die Reichswehr „entpolitisiert“ wurde, daß sie ein absolut militärisch-gehöriges Machtinstrument sein sollte. Jeder Soldat, jeder Unteroffizier, der einen Befehl nicht ausführt, wird wegen Meuterei vor Gericht gestellt und verurteilt, besonders wenn er sich Mitwisser zu dieser Gehorsamsverweigerung beschafft hat. Aber der General, der Kommandeur eines Wehrkreises, darf nach der Meinung des Stinnes-Blattes offen den Gehorsam verweigern, weil er „in Konflikt mit der bayerischen Regierung“ kommen könnte. Eine Beschönigung der Meuterei, wie sie im Buch steht!

Auch der „Lokal-Anzeiger“, der dem Hugenberg-Konzern dient, leistet dem ungehorsamen General Trabantendienste. Er stellt sich naiv:

Man darf fragen, ob Dr. Gehler hier in allen Punkten im Einkommen mit dem Reichskabinett und insbesondere mit dem Reichsfinanzminister gehandelt hat oder ob er zum mindesten, nachdem sich gezeigt hat, wie sein Vorgehen in Bayern beurteilt und beantwortet wird, das Reichskabinett nicht noch im letzten Augenblick vermittelnd eingreifen wird. Wenn das nicht geschieht, stehen wir unmittelbar vor der Gefahr, daß der Einheit des Reiches unheilbare Wunden geschlagen werden.

Ganz anders sieht der „Tag“ die Sache an, der in demselben Hugenberg-Verlag (Scherl) erscheint. Dort ist zu lesen:

Es handelt sich in der Tat bei diesem Konflikt zunächst nicht um eine innerpolitische Streitfrage, sondern ganz einfach darum, ob die Disziplin innerhalb der Reichswehr auch trotz des Druckes politischer Stellen aufrechterhalten werden kann oder nicht. Man wird der Reichsregierung durchaus recht geben müssen, wenn sie der Ansicht ist, daß eine Armee aufgestellt hat zu existieren, sobald dem strikten Befehlen des obersten Kommandos keine Folge geleistet wird. Sogar der „Sächsische Beobachter“ hat öffentlich zugegeben, daß Herr Gehler das Recht zusteht, ein Verbot gegen ihn zu erlassen. Wenn Herr v. Kahr das Verbot nicht aussprechen wollte, weil er an demselben Tage, als die Verbotssorder aus Berlin kam, den „Sächsischen Beobachter“ verwahrt hatte, so ändert das nichts daran, daß der Vorgesetzte des Herrn v. Lossow der Reichswehrminister und nicht Herr v. Kahr war. Die Kommandeure der Wehrkreise unterstehen nicht den Landesregierungen, sondern der Reichsregierung und als höchste Instanz dem Reichspräsidenten, der nach der Verfassung Oberkommandierender der Reichswehr ist. Der Reichspräsident ist sich aber mit dem Reichswehrminister in allen diesen Dingen vollkommen einig.

Die offen deutschnationalen Blätter, wie die „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“, haben von dem ganzen Zwischenfall noch kein Wort in ihren Spalten.

Die demokratische Presse vertritt in diesem Konflikt mit erfreulicher Entschiedenheit die Reichsautorität gegenüber den bayerischen Machtgelüsten. So schreibt das „Berliner Tageblatt“:

Es ist vorläufig überflüssig, die weiteren Folgen zu erörtern, die sich aus dieser höchst bedauerlichen Zuspitzung des Konflikts ergeben können. Eins muß festgestellt werden: Die bayerische Regierung ist auf das genaueste orientiert über den Stand der außenpolitischen Dinge, der heute so ernst ist wie in keinem Zeitpunkt seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Sie ist

auch genau orientiert über die schwere Erschütterung, die die mit dem heutigen Tage erfolgende Einstellung der weiteren Lohnzahlungen an das Ruhrgebiet zur Folge haben kann. Wenn sie trotzdem gegenüber einer bis an die Grenze gehenden Nachgiebigkeit der Reichsregierung, in einem Falle, in dem das ganze Recht auf Seiten des Reiches, das ganze Unrecht auf bayerischer Seite ist, es zum offenen Bruch treibt, damit ist sie mit der vollen Verantwortung für das Kommende belastet. Für das Reich gibt es nur einen Weg: die Durchsetzung seiner Autorität wie in Sachsen, so in Bayern, ohne Rücksicht darauf, ob der Sächsische Landtag den Rücktritt eines Reichsministers fordert oder die bayerische Regierung den amtlichen Verkehr mit demselben Reichsminister abzulehnen erklärt.

Auch in der „Bösischen Zeitung“ wird der „Rechtsstandpunkt“ Kahr entschieden abgelehnt:

Der Rechtsstandpunkt der bayerischen Regierung ist einfach unbegreiflich. Sie braucht ja nur einmal ihren Standpunkt auf die sächsischen Verhältnisse zu übertragen. Mit demselben Recht, das sich General v. Lossow anmaßt, könnte ja eines schönen Tages auch der General v. Müller in Dresden dem Chef der Heeresleitung den Gehorsam für die Ausführung solcher Befehle kündigen, die nach seiner Auffassung der sächsischen Regierung unbequem sind. Aber in Bayern scheint man leider der Auffassung zu sein, daß in Bayern alles mögliche Recht sei, was in anderen Teilen des Reiches als Unrecht zu gelten habe. . . .

Man hat förmlich den Eindruck, daß gewisse Kreise in Bayern, die es auf einen Konflikt abgesehen haben, nach Recht und Unrecht überhaupt nicht mehr fragen und geradezu durch Provokation der Reichsleitung den Boden für dunkle Sonderbestrebungen bereiten wollen. Man darf der Reichsregierung die Besonnenheit zutrauen, daß sie auf solche Provokationen nicht reagiert. Aber andererseits kann unersetzliches darüber gar kein Zweifel bestehen, daß die Reichsautorität um jeden Preis gewahrt werden muß.

In Verbindung hiermit macht die „Bösische Zeitung“ auf den engen Zusammenhang der bayerischen Frondeure mit den Geldmitteln der Schwerindustrie aufmerksam:

Wenn es überhaupt möglich war, daß es zu derartigen Zuständen kommen konnte, so trägt daran in erster Linie die systematische Aufhebung schuld, die von einem Teile der bayerischen Presse im bayerischen Volk betrieben worden ist. Diese Presse ist bezahlt von demselben Hugenberg-Konzern und von jedem Teil der Schwerindustrie unternehmungen, der auch in anderen Gebieten des Reiches ganz systematisch das Ansehen der Reichsregierung untergraben hat. Welchen Zweck diese Hege dienen, ist sehr wohl klar. Das viele Geld, das für diese Presse ausgegeben ist, hat sich reichlich verzinst: die Wirtshaft geht herrlich auf. . . . Nachdem nun der Konflikt von Bayern aus auf die Spitze getrieben ist, wird die Reichsregierung sich über die Konsequenzen klar sein müssen. Jedes Zurückweichen vor den erpresserischen Drohungen würde die Autorität des Reiches schwer erschüttern, auch bei den bayerischen Bevölkerungsteilen Bayerns, die dem Reich gern helfen würden, sein Ansehen zu festigen, wenn sie nur dazu aufgerufen würden.

Kohbach in München.

München, 20. Oktober. (Til.) Aus Anlaß der Freilassung des Oberleutnants Kohbach fand gestern in München eine von der Abteilung Kohbach der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei veranstaltete „vaterländische“ Kundgebung statt. Bekannte Persönlichkeiten der vaterländischen Bewegung, wie Prof. Bauer, Pöchner und Dr. Poth waren zugegen. Hitler, der ebenfalls anwesend war, ergriff das Wort zu einer kurzen Ansprache. Auch Oberleutnant Kohbach hielt eine kurze Rede, in der er die Jugend zum Kampf aufforderte, und erklärte, daß Bayern heute in Deutschland eine geschichtliche Aufgabe zu erfüllen habe wie Preußen zur Zeit Borts.

Daß gegen Kohbach ein Haftbefehl nicht nur der sächsischen und preussischen Regierung, sondern auch des Reichswehrgenerals Müller vorliegt, ist selbstverständlich in Bayern bekannt. Deshalb darf man wohl das öffentliche Auftreten Kohbachs mit seiner „Aufforderung zum Kampf“ als einen neuen Beweis dafür ansehen, daß Bayern den Bruch mit dem Reich will und die Stunde der Separation für gekommen hält.

Weitere Dollarsprünge.

Heute: 18 Milliarden!

Die unerwartete Zuspitzung des Konfliktes zwischen der Berliner und Münchener Regierung, die anhaltend gespannte Lage in Sachsen und die zunehmende Besorgnis, daß es in der kommenden Woche weitere innerpolitische Schwierigkeiten und Verwicklungen geben könne, führten im Zusammenhang mit einer ebenso ungünstigen Beurteilung der außenpolitischen Lage und ersten Befürchtungen hinsichtlich der kommenden Ereignisse im Ruhrrevier zu einer sehr pessimistischen Beurteilung der deutschen Mark. Diese Sorgen drückten sich aus in erneuten scharfen Kurssteigerungen der ausländischen Zahlungsmittel. Der Dollar wurde im Verkehr von Bureau zu Bureau heute vormittag mit 18 Milliarden und gegen mittag mit 17,5 Milliarden genannt, englische Pfunde zirka 80 Milliarden, Holland 6,4 Milliarden, die Schweiz 2,8, Schweden 4,2 Milliarden.

Gewerkschaften gegen Belagerungszustand.

Die Forderung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei auf Aufhebung des Belagerungszustandes wird auch von den Gewerkschaften durch einen gemeinsamen Beschluß der Bundesvorstände des ADGB, des AFA-Bundes und des ADL entschieden unterstützt. Die Spitzenvertreter der Gewerkschaften weisen insbesondere darauf hin, daß bereits mehrfach durch Eingriffe der militärischen Befehlshaber die freie Betätigung der legalen gewerkschaftlichen Organisationen behindert wurde und dadurch der Eindruck einer einseitigen Parteinahme zugunsten der Unternehmer hervorgerufen worden ist. Den Gewerkschaften werde so in der jetzigen großen Wirtschaftskrise die Erfüllung ihrer schwereren Aufgaben durch die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in hohem Maße erschwert oder gar unmöglich gemacht. Deshalb wird eine baldige Aufhebung dringend verlangt.

„Sächsische Miswirtschaft“.

Unter dieser Ueberschrift wird die Welt zurzeit von der „Telegraphen-Union“ und anderen industriellen Korrespondenzbureaus mit Nachrichten überschwemmt, deren politischer Zweck so eindeutig zutage tritt, daß selbst der Dummste den Meldungen die Tendenz an der Stirn ansieht. Es muß eben unter allen Umständen „Sowjetsachsen“ als das Land vollendetster Anarchie hingestellt werden, damit nach genügender Pressevorbereitung das „Ordnungsmachen“ inszeniert werden kann. Heute bespricht z. B. die „Telegraphen-Union“ unter dieser Ueberschrift die furchtbare Last, die der Straßenbahnfahrpreis in Leipzig am 21. Oktober auf 300 Millionen und am 24. Oktober auf 500 Millionen erhöht wird. Wahrscheinlich soll General Müller auch diesem „sozialistischen Skandal“ ein Ende machen, ähnlich wie Herr v. Kahr zugunsten seines lieben Bayernvolkes die Bierpreise mit dem Ausnahmezustand zu regulieren versuchte. Die ganze Väterlichkeit dieser Propaganda zeigt sich an solchen abneren, an den Haaren herbeigezogenen Berichten. Die demokratische „Zittauer Morgenzeitung“, das Blatt des demokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Külz, schreibt über diese „Verbreitung von Tatarennachrichten über eine angebliche Anarchie in Sachsen“ folgendes:

„Dieser und ein anderer Artikel über die Zustände in Sachsen in der gleichen Nummer der „Zeit“ muß außerhalb Sachsens und im Zustande der Bewußtheit aufkommen lassen, daß es in Sachsen, gelinde gesagt, brunter und drüber geht, daß hier schon ein Chaos à la Rußland herrscht und daß wir in Sachsen mitten drin in einer Schreckensherrschaft stehen, daß kein Mensch mehr ein noch aus weiß.“

Wenn man als Sachse all das liest, muß man sich unwillkürlich fragen, ob man denn selbst überhaupt noch in Sachsen lebt oder wo auf der Landkarte dieses Sachsen eigentlich zu suchen ist. Schließlich hat man auch geglaubt, auch zu der „friedlichen Bevölkerung Sachsens“ zu zählen und nun wird einem aus Berlin berichtet, daß man unter dieser „Schreckensherrschaft“ als Mitglied der friedlichen Bevölkerung „bis aufs Blut geplagt“ wird und daß in Sachsen eine Anarchie herrscht, die der in den Revolutionstagen in nichts nachzugeben scheint.“

Aus dem gleichen Grunde ist die „Zittauer Morgenzeitung“ ebenso wie wir von der Unhaltbarkeit des Belagerungszustandes in Sachsen oder mindestens von der Unhaltbarkeit seiner Handhabung überzeugt. Sie unterstützt ausdrücklich die Einwände, die wir gegen diese Methode erhoben haben, und sagt dazu:

„Der „Vorwärts“ hat nicht nur von seinem Standpunkt als führendes sozialdemokratisches Parteiorgan aus recht, sondern spricht auch die Ansicht weisester nichtsozialistischer, aber verfassungstreuer republikanischer Kreise aus, die mit steigender Beforgnis erkennen müssen, daß der Ausnahmezustand wohl mit Energie gegen links, nicht aber mit der gleichen Energie gegen rechts durchgeführt wird, wie es ja eigentlich von vornherein beabsichtigt war. Daß dadurch zumindest der Ansehens einer Einseitigkeit in breitesten Schichten erweckt wird, ist nur zu begreiflich. Eine solche Annahme muß aber zur Bewußtheit werden, wenn sich hierbei etwa eine gewisse Planmäßigkeit herausstellt, zu der ungewissheit die Methode z. B. der „Zeit“ zu rechnen wäre, die Zustände in Sachsen durch unverantwortliche Verallgemeinerung grau zu malen und hier nach der Reichsregierung zu rufen, während man von den Zuständen in Bayern wenig oder gar kein Aufhebens macht.“

Unser Dresdner Parteiorgan, das die „Morgenzeitung“ zitiert, geht auch auf die Einwände ein, die das demokratische Blatt gegen die proletarischen Hundertschaften erhebt und führt in der Sache dasselbe aus. Auch die „Dresdner Volkszeitung“ erklärt ausdrücklich, daß der proletarische Selbstschuß „lediglich zur Abwehr der sächsischen Geheimorganisationen gebildet wurde und daß wir auf diesen Selbstschuß in dem Augenblick verzichten würden, in dem das Reich endlich einmal gegen die antirepublikanischen Banden in Bayern und anderswo rücksichtslos und entschieden vorgehen und diese Banden entwaffnen würde. Wäre das rechtzeitig geschehen, so

wäre es gar nicht zur Bildung des proletarischen Selbstbewußtseins gekommen."

Auch in Sachsen urteilen also ehrliche Demokraten nicht anders als wir es hier in Berlin tun. Die Aufrechterhaltung und Erzwingung einer von niemand anzutastenden Reichsautorität ist in Sachsen ohne weiteres und ohne jede Restriktion zu erreichen, wenn die republikanische Bevölkerung wirklich überzeugt sein kann, daß diese Reichsautorität sich überall durchzusetzen vermag und daß nicht unter Ausnutzung der Schwäche und der Raubgierigkeit der Reichsgewalt die monarchistische Restauration sich in einzelnen Teilen des Reiches, gestützt auf staatliche und militärische Gewalt, konsolidieren kann.

Zweierlei Maß.

Auch das demokratische „Beiziger Tageblatt“ fordert, daß die Rechtsgleichheit gegenüber Sachsen und Bayern hergestellt wird:

„Stillschweigend geht man in Berlin darüber hinweg, daß Bismarcks Privatmilitär ungehindert in voller Ausrüstung in Bayern umherzieht und Stadt und Land terrorisiert. Auch die Plünderungen und Unruhen in Berlin, Mannheim und in anderen Gegenden des Reiches, die zum Teil schlimmer waren als die in Sachsen, geben dem Reichswehrminister keinen Anlaß, die Mittel des Belagerungszustandes anzuwenden. Nur in Sachsen hält er die Ruhe und Ordnung für so bedroht, daß er das Land unter volle Militärdiktatur stellt. So hat sich die Waffe, die gegen die antirepublikanische Gefahr in Bayern erhoben wurde, in eine Waffe gegen das republikanische Sachsen verwandelt.“

Ob die Militärdiktatur ein geeignetes Mittel ist, um die Gemüter zu beruhigen und die vom größten Teil der sächsischen Bevölkerung aufrichtig gewünschte verfassungsmäßige Ordnung zu sichern, darf bezweifelt werden.

Da aber der gegenwärtige Zustand des offenen Konflikts zwischen Zivil- und Militärgewalt, der zugleich ein Konflikt zwischen der Reichs- und der Landesregierung ist, nicht lange aufrecht erhalten werden kann, ohne schlimme Folgen zu zeitigen, so bleibt nur die Hoffnung übrig, daß sich der über die sächsischen Verhältnisse offenbar einseitig unterrichtete Reichswehrminister von der Unzweckmäßigkeit seiner Maßnahmen überzeugt und sobald als möglich die verfassungsmäßigen Gewalten in Sachsen wieder in ihre Rechte einsetzt.

Die Reichsregierung wird durchaus im Sinne ihrer eigenen Anknüpfung handeln, wenn sie den Belagerungszustand schleunigst aufhebt und damit die Rechtsgleichheit unter den Ländern wieder herstellt. Diese Forderung, die heute auch der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei erhebt, ist das Gebot der Stunde.“

Aufgehobene Zeitungsverbote.

Die „B.Z. am Mittag“ war wegen der von ihr mitgeteilten Irrigen Meldung, daß General Müller seines Postens entbunden worden sei, auf zwei Tage verboten worden. Sie ist jedoch wieder freigegeben worden und bringt an der Spitze ihrer heutigen Nummer ihr Bedauern über ihren Irrtum zum Ausdruck.

Ähnlich wird gemeinet: Dem „Völkischen Beobachter“ in München und der „Roten Fahne“ in Berlin ist das Wiedererscheinen auf Grund gewisser Zusicherungen ihrer Chefredakteure gegenüber dem Reichswehrministerium gestattet worden.

Verbotener Betriebsrätekongress.

Karlruhe, 20. Oktober. (W.Z.) Nach einer amtlichen Mitteilung ist die Abhaltung des für morgen nach hier einberufenen Betriebsrätekongresses auf Grund des militärischen Ausnahmezustandes verboten worden. Die verschiedenartigen Störungen der öffentlichen Ordnung und Gewalttätigkeiten, die sich seit dem 15. Oktober in Baden ereignet haben, dürften die Grundlage für das erwähnte Verbot sein.

Kommunistische Taktik.

Zerstörung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Rote Fahne“, die heute wieder erschienen ist, zeigt den im sächsischen Landtag begonnenen Streit weiter fort. Unter der Ueberschrift: „Das Komplott der rechten SPD. gegen das sächsische Proletariat“ gibt sie einen Dresdener Eigenbericht wieder, wonach „Ebert, Solmann und die ge-

samte rechte Führerclique der SPD. ein gemeinsames Komplott mit Gehler und Seedt zur Niederwerfung des sächsischen Proletariats schmieden“.

Wer die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei in den letzten Tagen mit einiger Unvoreingenommenheit verfolgt hat, der wird die Unsinngigkeit dieser kommunistischen Lüge sofort erkennen. Es ist aber der „Roten Fahne“ und der SPD. niemals darauf angekommen, die Wahrheit zu sagen, sondern sie haben es stets darauf angelegt, mit Schwindel und Berhegung die Sozialdemokratische Partei zu zerschlagen. Darum kann man von ihnen auch keine Anerkennung erwarten für die erfolgreiche Vermittlerleistung der Sozialdemokratie in einem Streifzug, der von einem SPD. Mann, dem sächsischen Minister Böttcher, durch löbliche Redereien mit Absicht hervorgerufen worden ist.

Die Kommunisten haben vor Jahresfrist die in Nürnberg vollzogene Einigung der Sozialdemokratie mit einem wahren Buttegeißel begleitet. Ihre ganze Taktik geht seitdem dahin, mit der geeinigten Partei daselbe Spiel aufzuführen, das sie mit der Unabhängigen Sozialdemokratie aufführten und das mit der Tragödie des Spaltungsparietags von Halle endete. Jeder, der seinerzeit die Wiedervereinigung begrüßte und der eine neue Zerschlagung der Sozialdemokratie für ein großes Unglück hielt, wird dieses Manöver durchschauen und ihm kräftig Widerstand leisten. Kein Parteigenosse kann sich zum Werkzeug von Bestrebungen machen, die auf die Zerstörung der eigenen Partei hinauslaufen.

Die Taktik Poincarés.

In französischer Beleuchtung.

Wir hatten kürzlich im „Vorwärts“ die Gründe der Verschleppungspolitik Poincarés untersucht und waren dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die französische Regierung es vorgezogen hätte, wenn ihr Sieg an der Ruhr einige Monate später, und zwar erst kurz vor den nächsten Wahlen, eingetreten wäre. In dieser Auffassung wird man nur bestärkt, wenn man die ebenso geistvolle wie unbarmherzige Kritik liest, die der bekannte französische bürgerliche Politiker Robert de Jouvenel, in der linksrepublikanischen Wochenschrift „La République“ an der gegenwärtigen Haltung der französischen Regierung übt. Er schreibt: „Man betrachte nur den Wagemut, mit dem unser Ministerium des Aeußern die Verordnungen aufgenommen hat, die die Kapitulation Deutschlands besiegelten.“

Schon hatte der Kanzler Stresemann der Ruhrbevölkerung, den Parteiführern und den Vertretern der Länder das Ende des Widerstandes mitgeteilt.

Aber das Ministerium des Aeußern sagte: „Das zählt nicht: Was wir brauchen, das sind formelle Dokumente.“

Jene Dokumente werden veröffentlicht.

Aber das Ministerium des Aeußern erklärte: „Das genügt nicht, denn diese Dokumente sind uns nicht offiziell notifiziert worden.“

Dies geschah.

Aber das Ministerium des Aeußern wandte ein: „Ich werde mich damit nicht begnügen: Man hat eine Verordnung bezüglich der Sachleistungen vergessen.“

Jene Verordnung wurde zurückgezogen.

Aber das Ministerium des Aeußern warf die Frage auf: „Wo ist der Beweis, daß das auch alles ist und daß nicht gewisse Bedingungen weiter bestehen, die unserer Aktion im Ruhrgebiet feindlich gesinnt sind?“

Deutschland zog sämtliche Zirkularverordnungen zurück.

Aber das Ministerium des Aeußern fragte: „Wer beweist mir, daß das alles im guten Glauben geschehen ist? Ihr kapituliert, das stimmt, aber ich finde, daß Ihr nicht genug Begeisterung dabei an den Tag legt. Es genügt nicht, daß Ihr nachgibt: Ihr müßt es mit lächelnder Miene tun.“

So stehen die Dinge zur Stunde, in der ich diese Zeilen schreibe. Nehmen wir nun an, daß die Vertreter des Reiches, die nicht in der Lage sind, irgend etwas abzusehen, versuchten, das von ihnen verlangte Böckeln aufzubringen. . . . Kein Zweifel, daß unser

Ministerium des Aeußern erklären würde — und diesmal hätte es scheinbar recht:

„Wie soll ich Deuten Vertrauen schenken, die so heuchlerisch sind, daß sie in einer solchen Lage lächeln?“

Wenn sogar Franzosen eine derart vernichtende Kritik an der Obstruktionpolitik Poincarés üben, dann wird man es wohl verstehen müssen, wenn sich in Deutschland die Ueberzeugung immer tiefer und fester wurzelt, daß die französische Regierung nicht die Verständigung mit Deutschland, sondern die Zerstörung Deutschlands will. Und diejenigen, die sich nach den positiven Erfolgen der großen Koalition höhnisch erkundigen, sollten sich die Frage vorlegen, ob angesichts einer solchen Haltung Frankreichs irgendeine Reichsregierung in der Lage wäre, eine Besserung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse herbeizuführen.

Zu diesen drei politischen Erwägungen, die übrigens auch in einer anderen linksgerichteten Zeitschrift, im „Progress Civique“, ähnlich dargelegt werden, kommen noch wirtschaftliche Motive hinzu. Die französische Schwerindustrie ist um die Folgen der Einstellung des passiven Widerstandes sehr besorgt, weil die während der Besetzung angehäuften Stocks von Fertigfabrikaten, die nicht ausgeführt werden dürfen, nunmehr plötzlich drohen, auch den französischen Markt zu überschwemmen. Besonders die Vertreter der zerstörten Gebiete suchen diese billigen Waren für die wiederherzustellenden Werke zu erwerben. Die französischen Schwerindustriellen aber befürchten diese Konkurrenz und versuchen mit allen Mitteln, eine solche praktische Ausnutzung des Sieges Poincarés an der Ruhr zu hintertreiben. Bereits zu Beginn des Monats meldete ein Sonderberichterstatter des „Devoir“ aus Düsseldorf erbauende Einzelheiten über diesen Kampf zwischen dem „Comité des Forges“ und dem Minister für die befreiten Gebiete Reibel. Letzterer, der die Interessen der Geschädigten Nordfrankreichs wahrzunehmen versucht hatte, ohne sich um die Profitinteressen der Schwerindustrie genügend zu kümmern, wurde energisch von Poincarés zurückgepfiffen.

Was die französische Schwerindustrie, die unter dem deutschen passiven Widerstand empfindlich gelitten hat, jetzt vor allem braucht, ist Kohle bzw. Koks. Da das „Comité des Forges“ einer der Hauptgeldgeber des Nationalen Blocks im kommenden Wahlkampf sein wird, sind seine Wünsche Befehle, die die Regierung prompt ausführt. Daher das Verlangen Poincarés nach Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen als Vorbedingung späterer Verhandlungen über die Reparationsfrage. Mit einer sofortigen Lösung der Reparationsfrage wäre nur den Geschädigten Nordfrankreichs gedient, nicht aber den Magnaten der französischen Schwerindustrie. Und die Schwerindustrie hat den Vorrang — drüben wie hiebei!

Aus Rom meldet die „I.L.“, daß man dort einen neuen Schritt Mussolinis in der Reparationsfrage erwartet. Und zwar bringt man diese Auffassung im Zusammenhang mit einer Note der offiziellem Volta-Agentur, in der die grundsätzliche Uebereinstimmung Italiens mit dem belgischen Plan zum Ausdruck gebracht wird.

Die französische Presse greift Stresemann scharf an, so wohl wegen der W.Z.-Da-Stellung der Aussprache Hoosh-Poincaré, die der „Temps“ als eine „neue Emser Depesche“ bezeichnet, wie auch wegen der Auslassungen des Berliner „Börse-Kuriers“.

Die wichtige Sitzung des Reichskabinetts, in der über die Wiederaufnahme bzw. Nichtfinanzierung der Sachleistungen entschieden werden soll, findet erst heute nachmittag statt. Auch die in Aussicht genommene Erklärung des Reichskanzlers vor der Presse ist bis zum Schluß des Tages noch nicht erfolgt.

Die Steuerabzüge. In der heutigen Morgenausgabe brachten wir die neuen Abzüge bei der Lohnsteuer. Durch einen Irrtum sind diese Abzüge als für die dritte Oktoberwoche gültig bezeichnet worden, während selbstverständlich die vierte gemeint ist.

Die Jurfreye Kunstschau.

Die große Ausstellung, die heute mittag im Landesausstellungsgelände am Bahnhofsplatz eröffnet wurde, wird alle die enttäuschten, die auf Ergesse und Sensationen saßen. Die Beteiligung an der Schau steht bekanntlich jedem frei; trotzdem erscheint sie nach ihrem Totalindruck als eine der gefestesten Ausstellungen Berlins. Das macht die brillante Anordnung. Das Gute ist in den Vordergrund gestellt, Mittelmäßiges geschieht dazwischen verteilt und der Schund in entlegene Kammern und Kojen verschoben. So gewinnt man ein Ensemble von bravem Durchschnittsniveau und von einer Solidität, die jurfreyen Veranstaltungen im allgemeinen nicht eigen zu sein pflegt.

Sensationen gibt es, wie gesagt, nicht, wenn man nicht den Saal 18 dazu rechnen will, in dem der Dresdener Ditz keine monumentalen Monstr-Karikaturen ausmarschieren läßt. Hier werden in den nächsten Wochen bewegliche Wehklagen stillschweigend gekränkter Spielerleben ertönen. Auch der Entbecker kommt nicht auf seine Kosten: es tauchen keine neuen Namen auf, abgesehen von ein paar Ruffen, wie dem aus Amerika herübergekommenen Sacha Stone, der im großen Hauptsaal eine Wand rühmlich zu gliedern versucht hat und das plastische Modell eines Längers (19 D.) im Latex-Stil zeigt. Ein paar kraftvolle Kompositionen seines Bandmannes Rybak fallen im Saal 21 auf. Dem Beimerer Bauhaus sind die Zimmer 24 und 25 zur Verfügung gestellt: das eine für Meisterarbeiten (Kandinsky, Feininger, Klee, Schlemmer, Mucha), das andere für Schüler. Saal 9 ist zwei Verstorbenen geweiht: Konrad Westermeyer und Hedwig Weiß. Der Arbeitermaler Otto Nagel erregt Aufsehen durch eine Serie scharf charakterisierter Proletarierstypen (8), die zweifellos sehr talentvoll, nach meinem Empfinden aber ein klein wenig zu sehr auf Effekt berechnet sind. Der alte Hülstl Marquart löndte wieder einige seiner ultiigen Hofsulpturen (20A).

In den Haupträumen erscheinen bekannte Größen ersten und zweiten Ranges: Willi Saedel, Wastle, der zum gewordenen Schweizer Huber, Straube und Honighberger in Saal 8; Schmidt-Rattkuff (Komposition von eminenter farbiger Wucht) und Böcker (besonders schön ein großzügiges Monumentalgemälde „Mittagspause“) in Saal 4; R. Schwichtenberg (zwei gut gezeichnete Stillleben aus Küchengut) und der von Rodde beeinflusste, aber doch persönlich kräftige Herbig in 5; Sandkuhl (vornehme, bestkate Landschaftsstimmungen), Robert Richter (ein präziös stilisiertes Kinderporträt) und Eril Richter (namentlich in einer großen Landschaft von eigenartig poetischem Zauber) in 6; W. Deyel und Kampmann (reizende kleine Konstruktionen nach rühmlichen Motiven der Riddig Impressionen) in 10A; Thomas Ring, dessen feilsch tiefgründende Kunst eine parteilichere Platzierung verdiente, in 20B; Dehme (koloristisch sein, aber ein wenig ängstlich) in 21; der linear Bela Czobiel (ruhig leuchtende, ausdrucksvoll umrissene Farbflächen) in 22. Die Räume 14 und 15 können, je nach Temperament und Stimmung, als Schredenskammern oder Sachkabinette genossen werden.

Jurfreye Ausstellungen pflegen die allgemeinen künstlerischen Entwicklungstendenzen besonders deutlich zu offenbaren. Wenn ich in der heute eröffneten Schau nach charakteristischen Zielen und Wegen ausspähe, so glaube ich sie in dem immer entschiedener hervorretendenden Streben nach wand- und raumbekührender Malerei, nach der großen monumentalen Linie zu finden. Darüber wird noch einiges zu sagen sein. John Schifowstl.

Kammerspiele: „Chastelard“ von Swinburne.

Maria Stuart, nur von Schiller zu einer unerhöchlichen Tugend verurteilt, scheint zu den Kanakken der Welt- und Liebesgeschichte gehört zu haben. Die ungalante Chronik erzählt, sie habe den anderen Troubadour Chastelard köpfen lassen, um nicht bei ihrem Bräutigam in den Verdacht des Ehebruchs zu geraten. Der Kriminalfall wird besonders tragisch durch die Tatsache, daß Marias Liebhaber ein sehr ritterlicher, hingebender, blind vertrauender Kavallerist war, der der Nachwelt und den Philologen einige runde Reimerlein schenkte.

Charles Swinburne, poeta laureatus der britischen Majestät Victoria, früher Defakant und Revisor des formvollendeten Bortes, gemischt aus Romanik, Lebensschwäche und Spesen, dichtete nach dieser Chronik ein Trauerspiel. Es war breit und beredt angelegt. Es nahm sich zum Modell den nicht ganz einwandfreien Schafspeare-Bewunderer Victor Hugo. Es schwelgte in Semimaktial. Aber es lieferte die lachte, komatig lieblose Sprache Swinburnes, die manchen Nachruhm verdient. Höhepunkte des Schafzimmer- und Schafstippels bedeuten die Entloerung des Troubadours durch den legitimen Eigentümer der königlichen Kammerkette, die etwas vorworene Todesfeligkeit des Rinesängers und endlich große, aufopfernde Stimmungen der Hofdame Maria Beaton, die nach der bloß listernen und verdorbenen Maria Stuart die parte Ophelien- und Julienne zu Chastelard offenbart. Zu prüfen wäre, ob Maria Stuart bei Swinburne nur ein Hingespinnst geblieben, oder ob sie ein richtiges Menschlein geworden sei. Aber die Frage verliert heute an Wichtigkeit.

Trotzdem hätte diese Aufführung einen Abend des Vergessens bringen können. Seliges Gedächtnis, wenn es dem Kunstfreund gelungen wäre, aus der Zeitemisere in den Zeitemstil ferner Annuit hineinzutauchen! In den Kammerspielen wurde nichts versucht, damit eine derartige Auswanderung der Phantasie stattfände. Es fehlten Herrn Paul Günter, dem Regisseur, der nur vom Maler unterstützt wurde, aber auch alle Künstler. Maria Fein, die Maria Stuart, wollte nur leben und belegen durch Mittelchen und Methoden. Sie verhasste die Rolle in Szenen, sie polterte das Wort ohne Grund in Deposter und Gesehrei auf, sie gestattete dem Sinnen keinen Augenblick der Erholung. Herr Janßen schleppte und beschwerte den wunden Troubadour, ohne der süßen Suaba fähig zu sein. Die übrigen Schauspieler waren viel zu eng verbunden mit ihrem an das Persönliche gebundenen Stil. Sie widerlegten sich aus innerer Starrheit, aber auch aus vollkommener Unkenntnis dessen, was zu spielen gewesen wäre, der Postle, die immerhin viel-spuriger in dem Werte des englischen Epigonen lebt.

Ray Hochedorj.

Jbsens „Volksfeind“ im Schiller-Theater.

Der gestrige Abend läßt sich in einem Wort zusammenfassen: Was geht vor? Der Bedoerzt Dr. Stodmann kämpft gegen die Behörden für Reinigung des verfaulenden Wasserwerkes und weiter für Keilichkeit der Besinnung. Er hat halbe Maßnahmen und tritt mit jugendlichem Feuer für Klarheit und Wahrheit ein. Offen ausgesprochen, was ist, das ist seine Forderung. Die Zeiten sind allerdings vorüber, wo uns der „Volksfeind“ etwas wie eine Offenbarung bedeutet. Aber dem Stoff ist die heutige Zeit günstig. Er ist wieder aktuell. Dr. Stodmanns mutiger Kampf gegen Verlogenheit und Dummheit, gegen schmutzigen Eigennutz und düstelhafte Autorität, sein Kampf gegen die kompakte Majorität läßt uns kalt. Statt stürmender Ideen sehen wir eine aufgebaufchte Provinzialaffäre. Und das lag in der hauptfache in der Inszenierung. Auch die Vorstellung war Provinz. Der Intendant Jechner hat gestern dem „Volksfeind“ durch Eugen Klöpfer zu Tode trampeln und schreiben lassen. Dieser Schauspieler, an dem keine Miene, keine Geste, kein Wort ungeschönt war, stellte einen wirren hampeligen Hanswurst statt eines Wahrheitsanalikers auf die Bühne. Schon in den ersten fünf Minuten hatte er sich über-nommen, so daß er für den Rest des Abends heiser war. Natürlich ging dadurch jede Steigerungsmöglichkeit glatt verloren. So genial Jechners letzte Inszenierung (Ueberteufel) war, so eingelernt und hölzern ist sein „Volksfeind“. Unwahre, schauspielerhaft, gestelzt und gestellt, das war der Eindruck der Aufführung. Klöpfer gab den Ton an. Er erdrückte auch die künstlerischen Leistungen der Elsa Wagner und des Fritz Hirsch.

Der Publikumerfolg war groß. Klöpfer hatte ins Publikum hineingepielt, es jubelte und rief Klöpfer und Jechner immer wieder vor die Kampe. Die beiden haben also wenigstens die kompette Majorität hinter sich. Ernst Degner.

Gräuafführungen der Woche. Dienst. Schauspieler: „Anna von Barnhelm“. — Renaissance-Theater: Andersen, „Die Tage des Lebens“. — Schloßpark-Theater: Steglitz, „Die Gräber“. — So. abn. Deutsches Theater: „Holofernes“. — Künstlertheater: „Ibsen“.

Urania-Vorträge. Mont. 2. Vortragsvortrag: Dr. Sebebe über die Ruinen von Baalbek. Donnerst. Freitag. Sonab.: Dr. Hülstler: „Spanien“.

Musik. Sonntag und Donnerstag, 8 Uhr, finden im Bühnen-Saal Sinfonie-Abende des Berliner Sinfonie-Orchesters (Blühner) Dr. Hülstler, unter Leitung von Camille Hilbrand, statt.

Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht beginnen die wissenschaftlichen Vorträge und Übungen am 29. Oktober. Sie umfassen die Heimatkunde von Berlin, Pädagogik, englische und russische Sprache, Phonetik, Sprechstunde und Gedächtnisvortrag. Jede Reihe besteht aus 5 zweistündigen Vorträgen. Anmeldung in der Geschäftsstelle.

Eine russische Volkshochschule wurde im russischen Palm in Straß eröffnet. Zunahme des italienischen Fremdenverkehrs. Im Jahre 1921 hat zum ersten Male nach dem Kriege die Zahl der Italiener, die den Siffer von 1914 wieder erreicht. Die Deutschen, die früher den höchsten Anteil bildeten, treten jetzt sehr zurück. Unter den 567 000 Touristen stehen die Amerikaner mit 24 000 an der Spitze, denen die Engländer mit 21 000 folgten.

Der Danziger Zwischengulden.

Danzig, 20. Oktober. (WZ.) Der Volkstag nahm in einer Abend Sitzung den Gesetzentwurf über die Einführung des Zwischengulden in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung endgültig an. Nach dem Gesetzentwurf wird als Rechnungseinheit im Gebiet der freien Stadt Danzig der Gulden und der Pfennig anerkannt. Der Gulden ist gleich $\frac{1}{100}$ Pfund Sterling englischer Währung, der Pfennig ist $\frac{1}{100}$ Gulden. Die Reichsmark bleibt weiterhin gesetzliches Zahlungsmittel und Rechnungseinheit. Andere als auf Reichsmark (Papiermark) oder Gulden lautende, im Gebiet der freien Stadt Danzig ausgestellte geldähnliche Zahlungsmittel dürfen vom 10. November 1923 ab im Einzelhandel nicht mehr in Zahlung genommen werden. Alles umlaufende Reichsgeld und alle geldähnlichen Zahlungsmittel, die auf Reichsmark lauten, soweit sie im Gebiet der freien Stadt Danzig ausgestellt sind, sind spätestens am 1. Februar 1924 aus dem Verkehr zu ziehen. Der Senat wird ermächtigt, die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Mittel bis zum Betrage von sechs Millionen Gulden im Wege der Anleihe aufzubringen. Das Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Der Militärputsch in Spanien.

Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in London veröffentlicht über den Militärputsch in Spanien und die Stellungnahme der sozialistischen Partei und der Gewerkschaften folgenden Bericht:

Der militärische Aufruhr Spaniens ging von Barcelona aus, das unter der Kommandogewalt des Generals Primo de Rivera stand. Die Regierung, die wußte, was beabsichtigt war, verlangte dessen Abdankung. Der General verweigerte den Gehorsam, rief die Truppen auf die Straße und verhängte gleichzeitig in seinem Bezirk den Belagerungszustand. Seinem Beispiel folgten die Garnisonen von Saragossa und Castellon. Die Generale der anderen Garnisonen wurden verständigt, oder besser gesagt beordert, diesem Beispiel zu folgen und sich der zivilen Behörden zu bemächtigen. Die Militärpartei tat dies überall, wo sie über die Kommandogewalt in den Provinzhauptstädten verfügte. Die Rebellen haben es jedoch nicht gewagt, die Regierung gefangen zu nehmen, da sie von vornherein erklärte, nur den Gewalt zu weichen.

Erst zwei Tage später, am 14. September, als der König nach Madrid gekommen war, nahm er die Demission des gesamten liberalen Kabinetts entgegen und setzte ein Direktorium, mit General Primo de Rivera an der Spitze, ein. Das Direktorium hob alle Freiheiten und Rechte, die dem spanischen Volk durch das Gesetz erteilt sind, auf; insbesondere wurden jene Artikel der Verfassung aufgehoben, die die Freiheit des Gedankens und die Sicherheit des Individuums verbürgen. Die erste Entschließung des Generals war, an die Spitze jedes Ministeriums ein verantwortliches Mitglied des Direktoriums zu setzen, das Parlament aufzulösen und die gewählten Mitglieder des Senats ihrer Mandate zu berauben. Selbstverständlich wurde auch sofort die Vorzensur für die Presse eingeführt, so daß es heute in Spanien nicht mehr möglich ist, irgendwie öffentlich ein unbesonnenes Wort über die Zustände auszusprechen.

Um so wichtiger ist es daher, daß es der Sozialistischen Partei und der Gewerkschaftszentrale Spaniens gelang, in der Zeit zwischen dem Ausbruch der Unruhen und der formellen Suspension der Verfassung, ihre Stellungnahme in einem Manifest, datiert vom 13. September, zu formulieren und im „El Socialista“ vom 14. September zu veröffentlichen. Dieses Manifest, das von Pablo Iglesias, dem Vorsitzenden der Partei einerseits und Julian Besteiro, dem zweiten Vorsitzenden der Gewerkschaften, und Francisco Largo Caballero, ihrem Sekretär andererseits unterzeichnet ist, wurde unmittelbar nach Kenntnisnahme der Ereignisse in Barcelona, in früher Morgenstunde verfaßt.

Es standen damals nur wenige Nachrichten zur Verfügung, aber sie genügen, wie das Manifest sagt, „in Zusammenhang mit jenen Vorfällen, die zu dem Zustand geführt hatten, den wahren Charakter dieser furchtbaren Bewegung aufzuzeigen“. Das Manifest lehnt jede Schönfärberei, die gleichbedeutend mit der Maskierung unserer wahren Absichten wäre, ab, da dies in einem Momente, wo ein Militäraufstand als Sieger hervortritt, wenig dankbar wäre. Das Manifest wendet sich vor allem gegen die bis dahin im Amte gewesene Regierung und erklärt: „Kein Band der Solidarität, nicht die Spur einer politischen Sympathie verbindet uns mit den Männern, die in dieser Regierung sitzen. Sie verdienen nichts als unsere bittersten Vorwürfe für die unzähligen unerfüllten Wahlversprechungen, so in erster Linie für die trügerische Hoffnung, die sie bezüglich der marokkanischen Frage, die die ganzen Energien unseres Landes erschöpfte, erweckten, indem sie vorgaben, sie, wenn nicht einer gänzlichen Lösung, so doch einer Entspannung zuzuführen.“

Nun wird gezeigt, wie dieses schwankende und widersprüchliche Vorgehen der Regierung sich am Karsten in dem Mangel an Kraft, dem Druck der gegnerischen Kräfte standzuhalten, entfaltete. Diese gegnerischen Kräfte kommen nun in schamloser Weise in voller Öffentlichkeit zum Ausdruck, das Volk sieht sich einem militärischen Aufstand gegenüber, der die militärischen Aktionen, die im Laufe der letzten vierzehn Jahre nichts als blutige Verluste gebracht haben, noch intensiver gestalten will. Diese militärischen Rebellen wollen unserem Lande gerade das aufzwingen, was es immer verworfen hat. Darum muß ihnen das Volk jede Unterstützung verweigern. Die Haltung der arbeitenden Massen, an die wir uns hier direkt und durch unsere Organisationen wenden, muß unentwegt die gleiche bleiben: der Aufstand, der von Generalen aus der Umgebung des Königs geführt wird und der vielleicht für die Regierungstreue, keineswegs aber für den königlichen Palast in Miramare überraschend kam, darf in keiner Weise unterstützt, sondern muß im Gegenteil isoliert werden.“

„Die Anhänger dieser so einzigartigen Bewegung sprechen davon, unser Land gesund machen zu wollen, die Schäden des öffentlichen Lebens, so vor allem die unmoralischen Praktiken der Güstlingswirtschaft zu beseitigen. Aber wie groß wird die Autorität dieser Menschen sein, die die Erreichung ihres Zieles nicht eigenen Fähigkeiten und Verdiensten, sondern einer momentanen, günstigen politischen Konstellation verdanken und die immer bereit sind, sich königlichen Wünschen zu fügen?“

Das Manifest warnt die Arbeiterschaft, irgendeinen Schritt ohne das Einverständnis mit der Partei und den Gewerkschaften, „die im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung ihrer Meinung immer unverhüllt Ausdruck geben werden“, zu unternehmen. Und ebenso fordert die offizielle Verlautbarung der Partei und der Gewerkschaften, die zwei Tage später, am 15. September, erließen und von dem Parteisekretär Sabarit und dem Gewerkschaftssekretär Caballero unterzeichnet ist, die Arbeiterschaft neuerlich dringend auf, in keiner Weise immer gearteten Weise aktiv einzugreifen, mögen auch immer ungeduldige in bester Absicht oder Propagandare mit geschickt gelegten Falschungen zur Tat auffordern, die nur den Vorwand für Gegenmaßnahmen liefern würden, auf die die Reaktion schon lauert.“

Die sozialistische Partei Spaniens, die das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ständig auf dem Laufenden erhält, steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es in diesem Augenblicke keine Möglichkeit der Gegenwehr gebe, daß ein Streit nur zu einer sicheren Niederlage führen könnte und überhaupt jede Gegenaktion, da sich die liberalen Kräfte des Landes gegen die triumphierenden Rebellen der Militärpartei nicht zur Wehr setzen, nur zur Opferung von Menschenleben führen würden, ohne irgendeinen Erfolg zu erzielen.

Was kostet die Wohnung?

Den Löwenanteil der Miete mit allem Drum und Dran beanspruchen die Wofferkosten. Sie betragen schon jetzt für den Inhaber einer Zweizimmerwohnung im Durchschnitt monatlich eine Milliarde. Rechnet man die Grundmiete mit den festen Zuschlägen sowie die sonstigen Umlagen für Betriebskosten hinzu, die der Hauswirt oft schon jeden fünften Tag abfordert, so stellt sich die Gesamtmiete für Oktober auf rund zweieinhalb Milliarden. Das ist ungefähr so viel, als der Erwerblose in einer Woche an Unterstützung erhält. Er muß also den vierten Teil der Unterstützung nur für Miete hergeben, womit bei ihm der Friedensanteilsstand, der durchschnittlich den fünften Teil des Einkommens fortrahm, bereits überholt ist. Da jetzt in erster Linie der Wagen keine notdürftigste Befriedigung verlangt und ein einziges Brot eine halbe Milliarde kostet, ist es klar, daß immer mehr Arbeitslose nicht fähig sind zur prompten Bezahlung derartig hoher Mieten. Aber auch bei Zehntausenden, die noch Arbeit haben, hat es im laufenden Monat mit der Mietzahlung sehr gehapert. Diese wachsende Zahlungsunfähigkeit gegenüber dem Hauswirt und dem Magistrat, herangerufen durch die sonstigen im Uferlose gestiegenen Lebenshaltungskosten, war schon vor Monaten vorausgesehen. Was soll nun erst werden durch die seitens der Regierung geplante völlige Umgestaltung des Wohnungswesens in Form der Erhöhung der Mieten auf den Friedensstand? Das würde, selbst wenn man sie den Friedensverhältnissen nur „anpaßt“ und die halbe Goldmiete dekretiert, eine Zweizimmerwohnung mit monatlich etwa zwanzig Milliarden belasten. Woher diese Summen von den Mietern, insbesondere den Schwachverdienern und den Arbeitslosen, genommen werden sollen, darüber scheint man sich an den maßgebenden Stellen noch nicht genügend den Kopf zerbrochen zu haben. Es muß deshalb gewarnt werden, solche Pläne, für deren Ausführung gerade der kommende Winter die aller ungeeignetste Zeit ist, zu überstürzen.

Folgen des Milliardenbrotes.

Die Schupo verkauft Brot.

Infolge der ungeheuren Brotpreiserhöhung von 620 Millionen auf eine Milliarde Mark verjähren gestern abend zahlreiche Personen, nach Brot zu den alten Preisen zu kaufen. Dabei kam es vor vielen Geschäften zu Ansammlungen, die erst gestreut werden konnten, nachdem die Polizei festgestellt hatte, daß keinerlei Brote zurückgehalten wurden. In einigen Fällen mußte die Polizei jedoch feststellen, daß die Geschäftsinhaber Backwaren zurückhielten, um sie teils nur an ihre Kunden weiterzugeben, teils um sie am Sonnabend zu den erhöhten Preisen zu verkaufen. — Gegen 7 Uhr erschien auf ihrem Polizeirevier die Bäckermeistersfrau Groß aus Tempelhof, Berliner Straße 131, und bat um polizeiliche Hilfe, da eine große Menschenmenge sich vor ihrem Laden angesammelt habe und eine drohende Haltung einnehme. Beamte der Schupo polizei begleiteten sie und verkauften gemeinsam mit ihr die vorhandenen Brote. Ein ähnlicher Fall ereignete sich vor der Bäckerei im Hause Koppenstr. 70. Hier verlangten noch etwa 1000 Personen, als der Laden um 7 Uhr geschlossen werden sollte, stürmisch den Weiterverkauf von Broten. Ihre Haltung wurde so drohend, daß der Geschäftsinhaber Polizei herbeirief. Der Reviervorsteher gestattete dann schließlich noch den Weiterverkauf von Brot bis 8 1/2 Uhr abends. Zu einer Ansammlung von 500 Personen kam es gegen 6 Uhr vor der Bäckerei von Vorst in der Uhlandstr. 105. Die Menge nahm von einem Wagen, der vor der Tür stand, mehrere Brote und versuchte dann gewaltsam in den Laden einzudringen. Gegen 7 1/2 Uhr war die Ansammlung bereits auf etwa 1500 Personen gestiegen, so daß die Polizei eintritt und vier Personen festnahm. Der Bäckermeister Richter in der Pfalzburger Straße verweigerte gestern abend gegen 6 Uhr den Weiterverkauf mit der Begründung, daß er kein Brot mehr habe. 50 Personen, die keinen Angaben nicht glaubten, riefen Polizei herbei und diese stellte fest, daß Richter noch etwa 20 Brote im Keller unter Regalfäden versteckt hatte. Die Brote wurden sofort verkauft, so daß jeder der Anwesenden etwa 1/2 Brot erhielt.

Die neuen Werkstarife.

In der neuen Woche wurden die Tarife wieder ungeheuerlich erhöht. Die Verkehrsdeputation hat sie heute auf 440 Millionen Mark für Gas und Wasser und 880 Millionen für Elektrizität festgelegt. Auch die private Gasbetriebsgesellschaft erhebt in gleichem Ausmaß, ohne bisher ihre Ablesungsfrist verürzt zu haben.

Arbeit für Erwerblose.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat beschlossen, unter der Voraussetzung, daß die Finanzierung gelingt, den Bau des dritten Hafendocks als Erweiterungsbau des Westhafens unverzüglich in Angriff zu nehmen. Dieser Bau wird einer größeren Anzahl von Erwerblosen die Möglichkeit zur produktiven Tätigkeit verschaffen. — Zum Bau der Schnellbahn Gesundbrunnen — Neustadt hat die UEG-Schnellbahn-A.G. vor Jahren das Straßenpflaster in einer Reihe von Straßen ausgedreht, um den Tunnel einbauen zu können. Nachdem einige Tunnelstücke während des Krieges fertiggestellt waren, hat die Gesellschaft den Weiterbau der Schnellbahn seitdem nicht mehr betrieben. Das Pflaster, das sie in den vom Bahnbau betroffenen Straßen nur provisorisch instandgesetzt hatte, hat im Laufe der Jahre stark gelitten. Nach langwierigen Verhandlungen ist es der Stadt gelungen, einen Vertrag mit der Gesellschaft zustande zu bringen, durch den sich die Gesellschaft verpflichtet, in allen Straßen, in denen der Tunnel bereits im Rohbau fertig ist, das Pflaster wieder in den früheren ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Auf den meisten übrigen Strecken soll mit Rücksicht auf den Weiterbau der Untergrundbahn das provisorisch eingebrachte Pflaster nach gründlicher Ausbesserung liegen bleiben.

Der Kirgise als Ladendieb.

In die Kreise der internationalen Ladendiebe leuchtete eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, vor dem sich der kirgische Kaufmann Chanislaschwilli zu verantworten hatte. Die Angeklagten waren Anfang September in das Seidenhaus von Wibel in der Leipziger Straße gegangen und hatten sich Crepe-de-Chine-Stoffe vorlegen lassen. Während die angeklagte Tängerin den Verkäufer beschäftigte und einen Stoff nach dem anderen sich zeigen ließ, so daß sich die Stoffballen auf dem Tisch türmten, ließ ihr Begleiter einen Kuppa sehr wertvollen Seidenstoffes unter keinen Mantel verschwinden. Gleich dem Verfahren in den Juwelengeschäften werden neuerdings verdächtige Personen auch in Warenhäusern und Spezialgeschäften durch Spiegel von hinten beobachtet. Der Vorfall blieb nicht unbemerkt, und das Mädchen wurde ins Direktionszimmer gerufen, wo aus dem ausgetretenen Mantelsutter des Kirgisen die gestohlene Seide zutage gefördert wurde. Der Angeklagte bestritt, daß es sich um eine Diebstahlsache handele. Derartige Mantelsäcke seien in seiner Heimat Sitte. Bei ihm kam strafverjährend in Betracht, daß er von der Polizeidirektion Wien, wo er erst vor kurzem eine mehrjährige Kerkerstrafe verbüßt hatte, als ein besonders gefährlicher Ladendieb bereits vor seinem Eintreffen in Berlin angekündigt worden war. Für die Tängerin, eine durch ihre Schönheit und Eleganz auffallende Frau, machte Rechtsanwalt Dr. Bindar geltend, daß sie von dem Diebstahl ihres Kamaliers nicht die geringste Kenntnis gehabt habe. Sie

sei Mitglied der Artistenloge, hätte in Berlin in einem Variete gegen hohe Gage ein Engagement und habe auch Gastspiele in Wien, Mailand und Turin abgeschlossen. Ohne ihre Schuld sei sie durch ihren Landsmann in die Diebstahlsache hineingezogen worden, der sie offenbar als Wertgegenstand für seine Verbrechen benutzen wollte. Während das Gericht Chanislaschwilli zu einer Gefängnisstrafe von 5 Jahren verurteilte, wurde die Tängerin unter Aufhebung des Haftbefehls freigesprochen. Das Gericht empfahl ihr aber, in Zukunft bei der Wahl ihrer Begleiter etwas vorsichtiger zu sein.

Der Raubmord in Schöneberg.

Noch keine Spur des Täters.

Die umfassenden Nachforschungen zur Aufklärung des Verbrechens in der Hauptstraße, die von der Nordkommission die ganze Nacht hindurch betrieben wurden, haben noch keine bestimmten Anhalt über die Person des Täters geliefert.

Der Mörder hatte bereits vor drei Tagen in den Morgenstunden versucht, Zutritt zu Brofig zu erlangen. Der Täter hat ohne Zweifel gewußt, daß Brofig gestern viel Geld bei sich hatte, weil er am Tage vorher den größten Teil seiner Theaterkarten verkauft hatte. Nach den Bekundungen der Stiefmutter, die mit Brofig abends bis 11 Uhr in Pantow zusammen war, hatte er weit über 40 Milliarden in der einen Briefschloß. Diese Summe fehlt. Wie sich nun die Tat im einzelnen abgespielt hat, läßt sich natürlich nicht bestimmen. Da der Mörder mit der Bettdecke die Kehle zudrückte, sind die Bürgen nur schwach. Geraubt sind ein fast neuer grauer, modern gearbeiteter Anzug mit Gurt, ein neuer grauer Winterschläfer mit Beberknöpfen, ein grauer Stepphut, ein Paar braune Halbhuhe, ein Paar schwarze hohe Schuhe, eine runde goldene Damenuhr mit einem 1 Zentimeter breiten Schalenarmband, ein Ring, ein schmaler Reifen aus Silber und Platin mit einem größeren ovalen blauen Stein, der oben nach moderner Art eine Verzierung aus Silber oder Platin trägt, wahrscheinlich eine Blume oder ein Reich. Ein 1 Zentimeter breites Armband in Schnallenform aus Platin, ein silberartiges Geflecht, eine kleine sechseckige goldene Schmuck ohne Wert und die große Summe baren Geldes bis auf einen Rest kleiner Scheine und viel leicht auch ein schokoladenbraunes Jackett zu der Höhe, die Brofig trug, als er dem gewaltsamen Tod fand. Auch in diesem Jackett haben sich wahrscheinlich noch lose Geldscheine befunden. Der unbekannte Mörder hat mit dem Studenten, der ihn einließ, und Wagner, bei dem er irrtümlich anklopfte, mit diesem wurde die Tür nur wenige Worte gewechselt. Beiden ist seine scharfe Aussprache des R aufgefallen. Brofig, ein weiblich veranlagter Mann mit ziemlich hoher Stimme, hatte eine Vorliebe für starke Röhmer. Der Ermordete war ein gutmütiger, freigebiger, aber auch furchtbarer Mensch. Er machte zu Weihnachten und anderen Feiertagen gern Geschenke, verschienke auch Theaterbillets und war so in seinen Kreisen gewiß beliebt. Bekannt war er hier unter den Spitznamen „Hans“ und „Dörthe“. Alle, die über seine Bekanntschaften, seinen Umgang, seinen Vorkehr in lokalen usw. Auskunft geben können, werden ersucht, sich unverzüglich bei den Kriminalkommissaren Treutin und Lipitz im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums, Hausstraße 416 und 436 zu melden. Theaterbillets, die ihn gekannt haben, werden sich vielleicht zeigen, weil dieser Handel verboten ist. Es wird ihnen aber zugesichert, daß es sich hier lediglich um die Aufklärung des schweren Verbrechens handelt, und daß die Nordkommission sich um andere Dinge nicht kümmert.

Mordversuch oder Körperverletzung? In der vergangenen Nacht gegen 11 1/2 Uhr wurde der 35 Jahre alte Werkzeugmacher Johannes Kühn aus der Razarethstraße 37 festgenommen, nachdem er an der Ecke der Turnier und Urechter Straße auf seine 27jährige Ehefrau Erna aus einem Trommelrevolver zwei Schüsse abgegeben hatte. Die Frau wurde am linken Oberarm verletzt. Sie wurde nach der Rettungswache in der Lindenauer Straße und dann nach ihrer Wohnung gebracht. Der Täter wurde der Polizei zugeführt. Nach den angestellten Ermittlungen hat die Frau ihren Mann vor etwa sechs Wochen verlassen und wollte trotz seiner mehrfachen Aufforderungen nicht wieder zu ihm zurückkehren.

Die Spendeliste der Laubkolonisten hält zur Freude der Armen, Alten und Bedürftigen an. So veranstalteten die Tempelhofer und Mariendorfer Kleingärtner auf ihren Kolonien großzügige Sammlungen. Einzelne Kolonien besahnten oft über 50 Bedürftige mit je 1 bis 2 Zentner Kartoffeln und anderen nützlichen Dingen. Auch in Reinickendorf-West veranstaltete der „Pflanzerverein Schießplatz“ einen Wohltätigkeitstag im Volkshaus, Schornweberstraße. Hier erhielten die notleidenden Alten neben Geldgeschenken noch reich bemessene Feldzeugnisse sowie Holz, Kohlen usw. In Steglitz-Südende trug der Bauverein Südende durch Spenden verschiedener Art zur Bänderung der Rot erheblich bei. — Auf einem Unterhaltungsabend im Kleinentnerheim Friedrichshagen wirkte der Männergesangsverein „Amenos“ mit und erkreute die hier Wohnenden mit seinen fröhlichen Weisen. Überall ernteten die Geber herzlichen Dank.

Die Freiwillige Gemeinde erteilt Unterricht in Lebens- und Religionsgeschichte an folgenden Stellen: 1. Weihenburger Str. 42, Donnerstag von 3 bis 5 Uhr; 2. Reichenberger Straße 44, Montag von 1/2 bis 1 1/2 Uhr; 3. Beethovenstr. 26, Donnerstag von 4 bis 6 Uhr; 4. Koppenstr. 84, Freitag von 3 bis 5 Uhr; 5. Rubenplatzstr. 5/6, Montag von 3 bis 5 Uhr; 6. Köpenick, Grünauer Str. 5, Jugendheim, Mittwoch von 3 1/2 bis 5 1/2 Uhr; 7. Niederschöneweide, Berliner Str., Freitag von 3 bis 6 Uhr; 8. Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str., Mittwoch von 3 bis 5 Uhr; 9. Oranienburg, Luisenplatz, Mittwoch von 5 bis 6 1/2 Uhr, ferner in Bellen, Nowawes und Staaken.

Der Kreistag ist mit Wirkung von Sonntag, den 21. Oktober ab, auf 1,2 Milliarden festgelegt.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Festkonzert: Infolge der plötzlich gestiegenen Strompreise beträgt der Zuschlag nicht 150, sondern 200 Millionen.

Das Bezirksamt Friedrichshagen. Deputation für Bildung und Schulwesen, veranstaltet am Mittwoch, den 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Lange Str. 11, einen Vortragabend. Maria Schlimmann erzählt allerlei Pflanz- und Obstengeschichten von alten und neueren Dichtern: Gellert, Lessing, Goethe, Schumacher, Lagerlöf, Andersen, Heiter, Kober, Wilhelm Busch, aus „Promme Deleste“, „Julchen“ u. a. Karten sind in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften des Bezirks und im Bezirksamt, Rathausstr. 49, Zimmer 39, zum Preise von 10 Millionen zu haben.

Fluggesunglück auf dem Goodwinstrand.

Das Postfluggesetzzeug Rotterdam—London mußte auf dem Goodwinstrand eine Notlandung vornehmen. Die Insassen, drei Passagiere und der Führer, wurden durch einen Dampfer gerettet und in Dover gelandet. Das Flugzeug und die Bepflanzung sind infolge Eintretens der Flut verloren gegangen. Zwei Briefpostkisten wurden gerettet.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

7. Kreis Charlottenburg. Heute abend 7 Uhr findet in Charlottenburg, in der Aula der Hülshorst-Schule, Sobellstraße 24, ein Kreis-Gesellschaftsabend statt (Kriegs-, Sozial- und Jugendlieder des Schülers Paulus), Jugendliche unter 16 Jahren haben keinen Zutritt. Eintrittskarten sind nach dem Eingang des Saales zu haben.

Jugendveranstaltungen.

Morgen, Sonntag, den 21. Oktober:

Karlshorst. Wanderung Röhrenbrunn Kalberweg. Treffpunkt 7 Uhr, Bahnhof Karlshorst.
Karlshorst. Feste nach dem Sonnenlauf. Treffpunkt 6 1/2 Uhr, am Bahnhof.
Weißensee. Wanderung durch die Müllenseite. Treffpunkt 1/2 7 Uhr, Prenzlauer Promenade, Ecke Scharnweberstraße.

